

HOCHSCHULE

Feigheit vor dem Prof

Das Düsseldorfer Wissenschaftsministerium wird einen Professor, der rechtsradikale Schriften verfaßt hat, nicht los.

Als der Politologe Johannes Jäger, 66, im vergangenen Jahr in Pension ging, wußte er genau, womit er seine freie Zeit ausfüllen würde: Dem Thema „Rechtsextremismus an deutschen Universitäten“ wollte der emeritierte Professor wissenschaftlich auf den Grund gehen.

Inzwischen sind rund 60 Manuskriptseiten fertiggestellt. Jäger konnte sich schnell in das Sachgebiet einarbeiten, hatte er doch reichlich Anschauungsmaterial aus seinem eigenen Hochschulleben.

Im Bereich Sozialwesen der Fachhochschule in Münster, Jägers ehemaliger Arbeitsstätte, schreibt der rechtslastige Werner Pfeifenberger, 57, deutsche Universitätsgeschichte. Obwohl Generationen von Studenten seine Vorlesungen boykottierten, Politiker und Wissenschaftskollegen die Ansichten des unliebsamen Professors attackierten, konnte sich der Arbeitgeber, das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium, nicht von dem unliebsamen Hochschullehrer trennen.

Erst als ein Wiener Gericht dem Dozenten die Verbreitung „(neo)nationalsozialistischen Gedankenguts“ bestätigte, reagierte die Landesregierung im vergangenen Jahr mit einer fristlosen Kündigung – zu spät: Pfeifenberger werden die Düsseldorfer kaum mehr los.

Die Auseinandersetzung mit dem Hochschullehrer begann 1972. Damals unterrichtete der gebürtige Salzburger an der Uni Münster Afrikaans, die Sprache der südafrikanischen Buren. Der Jurist und Politologe wechselte an die örtliche Fachhochschule, wo er seit 1980 als Professor tätig ist. Dort überraschte er die Studenten, zumeist angehende Sozialarbeiter, mit einer ungewöhnlichen Bibliothekserweiterung: Die Regale füllte er mit Büchern wie „Die Kriegsschuld der Sieger“ von Heinrich Härtle oder mit acht Bänden des NPD-Propagandisten Erich Kern.

Er habe die Schwarten „mit nationaler Tendenz“ einfach auf die Bestell-Liste schreiben lassen, ohne deren Inhalt zu kennen, rechtfertigte Pfeifenberger später die Anschaffung. 26 der rund 50 Werke sind bis heute unter Verschuß.

Lästiger Kritik an seiner Denkhaltung entging der Dozent von 1983 bis 1985 durch eine Gastprofessur an der südafrikanischen Elite-Universität von Stellenbosch. Als der selbsternannte „Frontkämpfer für Südafrika“ nach Münster zurückkehrte, wehrten sich die Studenten gegen den Apart-

heid-Freund. Anfangs gingen noch einige Hochschüler in die Seminare, um mit Pfeifenberger zu diskutieren. Später machte der AstA in Briefen an Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) klar, daß die Kommilitonen es ablehnen, „von einem Professor, der das faschistische Rassenregime unterstützt“, unterrichtet zu werden.

Die Studenten blieben fortan weg, Pfeifenberger wurde praktisch arbeitslos, und Kollege Jäger fiel die Last zu, fast sämtliche Politik-Prüfungen abzunehmen.

Die Protestbriefe an Ministerin Brunn blieben unbeantwortet. Und der Einsatz von Professoren-Kollegen, die Pfeifenberger öffentlich bestätigten, daß er „den Mindeststandard politischer Ethik unterschritten“ habe, erwies sich als ebenso fruchtlos wie die Klagen von Politikern. „Es ist schlimm und schrecklich, was der Mann erzählt“, befand Günter Verheugen, Südafrika-Experte der SPD-Bundestagsfraktion, ebenso armselig sei es, „daß so einer auf die Jugend losgelassen wird“.

Doch das Ministerium scheute Konsequenzen. Die Studenten mußten schon nachweisen, daß Pfeifenberger in Vorlesungen etwas sage, was nicht erlaubt sei, alles andere sei Privatsache des Gelehrten.

Der Streit schleppte sich hin, bis Pfeifenberger 1995 einen Beitrag für das „Jahrbuch für politische Erneuerung“ der FPÖ mit ihrem Vorsitzenden Jörg Haider schrieb. Wortreich leugnerte der Professor darin die Schuld Deutschlands an der Ent-

fesselung des Zweiten Weltkriegs und führte, so Professor Toni Hochmuth vom Wissenschaftsministerium, den Holocaust auf die „Überfremdung“ durch die Juden und den Kampf gegen die jüdische „Hochfinanz“ zurück.

Die Protestwelle gegen Pfeifenberger erreichte einen neuen Höhepunkt: Studenten forderten die sofortige Entlassung, in einer Expertise wies der münstersche Professor Martin Doehlemann nach, daß Pfeifenberger „in eklatanter Weise Prinzipien wissenschaftlicher Objektivität und Ethik“ verletzt habe, der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin stellte Strafanzeige.

Ministerin Brunn distanzierte sich vom „hanebüchenen“ Machwerk Pfeifenbergers. Öffentlich tönte sie, daß sie „den Skandal auch Skandal nennen werde“, sie



Politik-Professor Pfeifenberger

„Es ist schlimm, was der Mann erzählt“



Fachhochschule in Münster: Jahrzehntelang Vorlesungen boykottiert

werde „terriermäßig“ an der Sache bleiben. Intern agierte sie eher harmlos wie ein Dackel: Wegen der im Grundgesetz verankerten Freiheit von Forschung und Lehre rieten Historiker und Juristen von dienstrechtlichen Konsequenzen ab.

Um so eifriger betrieb Pfeifenberger mehrere Klagen gegen den Wiener Publizisten Karl Pfeifer. Der hatte Pfeifenbergers Publikation ein nationalistisches Werk mit „Nazi-Tönen“ genannt, in dem er „die alte Nazi-Mär von der jüdischen Weltverschwörung langatmig“ aufwärme.

Pfeifenberger verlor bisher alle Prozesse gegen Pfeifer. Die Ministerin faßte neuen Mut und sprach im September letzten Jahres eine fristlose Kündigung aus. Pech für Brunn: Das Arbeitsgericht Münster befand im April, der Aktionismus der Landesregierung komme zu spät, der Arbeitgeber hätte spätestens zwei Wochen nach Erscheinen des Artikels kündigen müssen. Pfeifenberger seinerseits verklagte die Düsseldorfer auf Unterlassung der Behauptung, seine Thesen seien „hanebüchen“.

Nun ist das Land wieder auf dem Rückzug: Am vergangenen Montag erklärte das Ministerium, dem jetzt Gabriele Behler (SPD) vorsteht, vor dem Landesarbeitsgericht in Düsseldorf, es werde die harten Worte gegen Pfeifenberger nicht wieder-



K. B. KARWISZ

Wissenschaftsministerin Behler

Zu später Rauswurf

holen. Dieser nahm daraufhin seine Unterlassungsklage gegen das Land zurück. Er räumte ein, daß sein Aufsatz mißverstanden werden könne; ihm läge es fern, die Nazi-Greuelthaten den Juden zuzuweisen.

In Sachen Kündigung hat das Wissenschaftsministerium aber weiter schlechte Karten: Zwar gingen die Behler-Beamten in die Berufung, doch dürften sie den verspäteten Rauswurf juristisch kaum hinreichend glaubwürdig begründen können.

Das Land will Pfeifenberger auf keinen Fall weiterbeschäftigen. Ein Vergleich mit dem Professor, der 24 Jahre beschäftigt wurde und der freiwillig nicht gehen will, kostet rund eine halbe Million Mark. Jetzt bekomme das Land die Quittung dafür, daß es „immer gemauert“ hat, sagt der ehemalige Studentenvertreter Thorsten Schulz. Professor Jäger kennt die Ursache für das Dilemma: „Wir müssen uns alle vorwerfen, daß wir zu feige waren.“ ◆